

Quelle: <https://www.arbeitssicherheit.de//document/24103ce0-1fd7-354c-9427-d5ee988d5558>

Bibliografie

Titel	Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG)
Amtliche Abkürzung	WHG
Normtyp	Gesetz
Normgeber	Bund
Gliederungs-Nr.	753-13

§ 78 WHG - Bauliche Schutzvorschriften für festgesetzte Überschwemmungsgebiete [\(1\)](#)[\(2\)](#)[\(3\)](#)[\(4\)](#)[\(5\)](#)

(1) ¹In festgesetzten Überschwemmungsgebieten ist die Ausweisung neuer Baugebiete im Außenbereich in Bauleitplänen oder in sonstigen Satzungen nach dem Baugesetzbuch untersagt. ²Satz 1 gilt nicht, wenn die Ausweisung ausschließlich der Verbesserung des Hochwasserschutzes dient, sowie für Bauleitpläne für Häfen und Werften.

(2) ¹Die zuständige Behörde kann abweichend von Absatz 1 Satz 1 die Ausweisung neuer Baugebiete ausnahmsweise zulassen, wenn

1. keine anderen Möglichkeiten der Siedlungsentwicklung bestehen oder geschaffen werden können,
2. das neu auszuweisende Gebiet unmittelbar an ein bestehendes Baugebiet angrenzt,
3. eine Gefährdung von Leben oder Gesundheit oder erhebliche Sachschäden nicht zu erwarten sind,
4. der Hochwasserabfluss und die Höhe des Wasserstandes nicht nachteilig beeinflusst werden,
5. die Hochwasserrückhaltung nicht beeinträchtigt und der Verlust von verloren gehendem Rückhalteraum umfang-, funktions- und zeitgleich ausgeglichen wird,
6. der bestehende Hochwasserschutz nicht beeinträchtigt wird,
7. keine nachteiligen Auswirkungen auf Oberlieger und Unterlieger zu erwarten sind,
8. die Belange der Hochwasservorsorge beachtet sind und
9. die Bauvorhaben so errichtet werden, dass bei dem Bemessungshochwasser nach [§ 76 Absatz 2 Satz 1](#), das der Festsetzung des Überschwemmungsgebietes zugrunde liegt, keine baulichen Schäden zu erwarten sind.

²Bei der Prüfung der Voraussetzungen des Satzes 1 Nummer 3 bis 8 sind auch die Auswirkungen auf die Nachbarschaft zu berücksichtigen.

(3) ¹In festgesetzten Überschwemmungsgebieten hat die Gemeinde bei der Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von

Bauleitplänen für die Gebiete, die nach [§ 30 Absatz 1 und 2](#) oder [§ 34 des Baugesetzbuches](#) zu beurteilen sind, in der Abwägung nach [§ 1 Absatz 7 des Baugesetzbuches](#) insbesondere zu berücksichtigen:

1. die Vermeidung nachteiliger Auswirkungen auf Oberlieger und Unterlieger,
2. die Vermeidung einer Beeinträchtigung des bestehenden Hochwasserschutzes und
3. die hochwasserangepasste Errichtung von Bauvorhaben.

²Dies gilt für Satzungen nach [§ 34 Absatz 4](#) und [§ 35 Absatz 6 des Baugesetzbuches](#) entsprechend. ³Die zuständige Behörde hat der Gemeinde die hierfür erforderlichen Informationen nach [§ 4 Absatz 2 Satz 6 des Baugesetzbuches](#) zur Verfügung zu stellen.

(4) ¹In festgesetzten Überschwemmungsgebieten ist die Errichtung oder Erweiterung baulicher Anlagen nach den [§§ 30, 33, 34](#) und [35 des Baugesetzbuches](#) untersagt. ²Satz 1 gilt nicht für Maßnahmen des Gewässerausbaus, des Baus von Deichen und Dämmen, der Gewässer- und Deichunterhaltung und des Hochwasserschutzes sowie des Messwesens.

(5) ¹Die zuständige Behörde kann abweichend von Absatz 4 Satz 1 die Errichtung oder Erweiterung einer baulichen Anlage im Einzelfall genehmigen, wenn

1. das Vorhaben
 - a) die Hochwasserrückhaltung nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt und der Verlust von verloren gehendem Rückhalteraum umfang-, funktions- und zeitgleich ausgeglichen wird,
 - b) den Wasserstand und den Abfluss bei Hochwasser nicht nachteilig verändert,
 - c) den bestehenden Hochwasserschutz nicht beeinträchtigt und
 - d) hochwasserangepasst ausgeführt wird oder
2. die nachteiligen Auswirkungen durch Nebenbestimmungen ausgeglichen werden können.

²Bei der Prüfung der Voraussetzungen des Satzes 1 sind auch die Auswirkungen auf die Nachbarschaft zu berücksichtigen. ³Für die Erteilung der Genehmigung gilt [§ 11a Absatz 4](#) und [5](#) entsprechend, wenn es sich um eine Anlage zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen handelt.

(6) ¹Bei der Festsetzung nach [§ 76 Absatz 2](#) kann die Errichtung oder Erweiterung baulicher Anlagen auch allgemein zugelassen werden, wenn sie

1. in gemäß Absatz 2 neu ausgewiesenen Gebieten nach [§ 30 des Baugesetzbuches](#) den Vorgaben des Bebauungsplans entsprechen oder
2. ihrer Bauart nach so beschaffen sind, dass die Einhaltung der Voraussetzungen des Absatzes 5 Satz 1 Nummer 1 gewährleistet ist.

²In den Fällen des Satzes 1 bedarf das Vorhaben einer Anzeige.

(7) Bauliche Anlagen der Verkehrsinfrastruktur, die nicht unter Absatz 4 fallen, dürfen nur hochwasserangepasst errichtet oder erweitert werden.

(8) Für nach [§ 76 Absatz 3](#) ermittelte, in Kartenform dargestellte und vorläufig gesicherte Gebiete gelten die Absätze 1 bis 7 entsprechend.

Fußnoten

[\(1\) Red. Anm.:](#) **Hinweis auf von Bundesrecht abweichendes Landesrecht**

(BGBl. 2010 I S. 275)

Nachstehend wird der Hinweis des Freistaates Bayern auf von Bundesrecht nach [Artikel 72 Absatz 3 Satz 1](#) und [Artikel 84 Absatz 1 Satz 2](#), [Artikel 125b Absatz 1 Satz 3](#) oder [Artikel 125b Absatz 2 des Grundgesetzes](#) abweichendes Landesrecht mitgeteilt:

Bundesrecht,
von dem abgewichen wird
Gesetz/Verordnung
(ggf. Einzelschrift)

Abweichendes Landesrecht

- a) Gesetz/Verordnung
(ggf. Einzelschrift)
- b) Fundstelle
- c) Rechtsgrundlage der Abweichung
- d) Tag des Inkrafttretens

§ 78 Absatz 1 Nummer 8 des Wasserhaushaltsgesetzes vom
31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585)

- a) Art. 46 Abs. 4 des Bayerischen Wassergesetzes
(BayWG)^{*}
- b) Bayerisches Wassergesetz vom 25. Februar 2010
(GVBl S. 66, BayRS 753-1-UG)
- c) [Artikel 72 Absatz 3 Satz 1 Nummer 5 des Grundgesetzes](#)
- d) 1. März 2010

[↩](#)

Das Gesetz tritt gemäß Art. 79 Abs. 1 BayWG mit Ablauf des 29. Februar 2012 außer Kraft.

(2) Red. Anm.: **Hinweis auf von Bundesrecht abweichendes Landesrecht**

(BGBl. 2011 I S. 842, 2014 I S. 113)

Nachstehend wird der Hinweis des Freistaates Sachsen auf von Bundesrecht nach [Artikel 72 Absatz 3 Satz 1](#), [Artikel 84 Absatz 1 Satz 2](#), [Artikel 125b Absatz 1 Satz 3](#) oder [Artikel 125b Absatz 2 des Grundgesetzes](#) abweichendes Landesrecht mitgeteilt:

Bundesrecht,
von dem abgewichen wird
Gesetz/Verordnung
(ggf. Einzelschrift)

Abweichendes Landesrecht

- a) Gesetz/Verordnung
(ggf. Einzelschrift)
- b) Fundstelle
- c) Rechtsgrundlage der Abweichung
- d) Tag des Inkrafttretens

§ 78 Absatz 3 Satz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch [Artikel 4 Absatz 76 des Gesetzes vom 7. August 2013](#) (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist

- a) § 100a Abs. 3 Satz 1 und 2 SächsWG
- b) Sächsisches Wassergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Oktober 2004 (SächsGVBl. S. 482), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 6. Juni 2013 (SächsGVBl. S. 451, 468)
- c) [Artikel 72 Absatz 3 Satz 1 Nummer 5 des Grundgesetzes](#)
- d) § 74 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und 2 SächsWG
- e) Sächsisches Wassergesetz vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503)
- f) 8. August 2013

Fußnoten

[\(3\) Red. Anm.:](#) **Hinweis auf von Bundesrecht abweichendes Landesrecht**

(BGBl. 2014 I S. 12)

Nachstehend wird der Hinweis des Landes Rheinland-Pfalz auf von Bundesrecht nach [Artikel 72 Absatz 3 Satz 1](#), [Artikel 84 Absatz 1 Satz 2](#), [Artikel 125b Absatz 1 Satz 3](#) oder [Artikel 125b Absatz 2 des Grundgesetzes](#) abweichendes Landesrecht mitgeteilt:

Bundesrecht,
von dem abgewichen wird
Gesetz/Verordnung
(ggf. Einzelschrift)

Abweichendes Landesrecht

§ 78 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 des Wasserhaushaltsgesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 76 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist

- a) Gesetz/Verordnung
(ggf. Einzelschrift)
 - b) Fundstelle
 - c) Rechtsgrundlage der Abweichung
 - d) Tag des Inkrafttretens
-
- a) § 89 Landeswassergesetz Rheinland-Pfalz (LWG)
 - b) Artikel 1 des Landesgesetzes zur Änderung des Landeswassergesetzes und des Landesabwasserabgabengesetzes vom 28. September 2010, GVBl. S. 299
 - c) [Artikel 72 Absatz 3 Satz 1 Nummer 5 des Grundgesetzes](#)
 - d) 6. Oktober 2010

Fußnoten

[\(4\) Red. Anm.](#): **Hinweis auf von Bundesrecht abweichendes Landesrecht**

(BGBl. 2015 I S. 153)

Nachstehend wird der Hinweis des Freistaates **Bayern** auf Änderungen des von Bundesrecht nach [Artikel 72 Absatz 3 Satz 1](#), [Artikel 84 Absatz 1 Satz 2](#), [Artikel 125b Absatz 1 Satz 3](#) oder [Artikel 125b Absatz 2 des Grundgesetzes](#) abweichenden Landesrechts mitgeteilt:

Bundesrecht,
von dem abgewichen wird
Gesetz/Verordnung
(ggf. Einzelschrift)

Abweichendes Landesrecht

- a) Gesetz/Verordnung
(ggf. Einzelschrift)
- b) Fundstelle
- c) Rechtsgrundlage der Abweichung von Bundesrecht
- d) Änderungsgesetz/Änderungsverordnung
(ggf. Einzelschrift)
- e) Fundstelle
- f) Tag des Inkrafttretens

§ 78 Absatz 1 Nummer 8 des Wasserhaushaltsgesetzes vom
31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585)

- a) Artikel 46 Absatz 4 des Bayerischen
Wassergesetzes (BayWG) vom 25. Februar 2010,
dieser Artikel geändert durch § 1 Nummer 4 des
Gesetzes vom 16. Februar 2012 (Aufhebung der
Befristung der Gültigkeit des BayWG gemäß
Artikel 79 Absatz 1 BayWG)
- b) GVBl 2010, 66, BayRS 753-1-U
- c) [Artikel 72 Absatz 3 Satz 1 Nummer 5 des
Grundgesetzes](#)
- d) § 1 Nummer 4 des Gesetzes zur Änderung des
Bayerischen Wassergesetzes vom 16. Februar 2012
- e) GVBl 2012, 40
- f) 29. Februar 2012

Fußnoten

[\(5\) Red. Anm.](#): **Hinweis auf von Bundesrecht abweichendes Landesrecht**

(BGBl. 2016 I S. 715)

Nachstehend wird der Hinweis des Landes Rheinland-Pfalz auf von Bundesrecht nach [Artikel 72 Absatz 3 Satz 1](#) und [Artikel 84 Absatz 1 Satz 2](#), [Artikel 125b Absatz 1 Satz 3](#) oder [Artikel 125b Absatz 2 des Grundgesetzes](#) abweichendes Landesrecht mitgeteilt:

Bundesrecht,
von dem abgewichen wird
Gesetz/Verordnung
(ggf. Einzelschrift)

Abweichendes Landesrecht

- a) Gesetz/Verordnung
(ggf. Einzelschrift)
- b) Fundstelle
- c) Rechtsgrundlage der Abweichung
- d) Tag des Inkrafttretens

§ 78 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 des Wasserhaushaltsgesetzes
vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585)

- a) § 84 Abs. 1 des Landeswassergesetzes vom
14. Juli 2015
- b) GVBl. S. 127
- c) [Artikel 72 Absatz 3 Satz 1 Nummer 5 des
Grundgesetzes](#)
- d) 30. Juli 2015